

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 10.04.2013

Sitzungsort: Rathaus, Raum 243, Fischmarkt 1,
99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiterin: Herr Wiegand

Schriftführer/in: 

Tagesordnung:

- | | | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|--------------------------------|
| I. | Öffentlicher Teil | |
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
06.03.2013 | |
| 4. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 5. | Verweisungen von Anfragen des Stadtrates | |
| 5.1. | Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom
27.02.2013 Sozialcharta für Mieterinnen und Mieter in
städtischen Immobilien | 0276/13 |

Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

- 6. Informationen
- 6.1. Sozialstrukturatlas 2012 **0278/13**
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
- 6.2. Anhörung der Selbsthilfegruppen in Erfurt bezüglich der **0539/13**
Planungen, die KISS in freie Trägerschaft zu überführen
Antragsteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
Vorsitzende des Selbsthilfeausschusses der Selbsthilfegruppen in Erfurt
- 6.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wiegand, SPD-Fraktion, eröffnete die öffentliche Ausschusssitzung, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 06.03.2013

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 27.02.2013 Sozialcharta für Mieterinnen und Mieter in städtischen Immobilien Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesund- heit

0276/13

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die übergebene Beantwortung. Sie betrachtet eine Sozialcharta als Entgegenkommen der Stadt für die Mieterinnen und Mieter in städtischen Immobilien.

Durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, wurde betont, dass sich das dargestellte Verfahren bewährt hat und nichts an der Praxis geändert werden sollte.

<p>Frau Stange äußerte anschließend die Bitte zu prüfen, ob auf die sog. "3-Monatsfrist" , nach der nach dem Tod eines Mieters die Miete weitergezahlt werden muss, verzichtet werden kann, sollte ein Nachmieter vorhanden sein. Dies würde zur Entlastung der Angehörigen und schnelleren Wiedervermietung von Wohnraum führen.</p> <p>Frau Thierbach sagte eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>0710/13</p>
--	----------------

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

6.1. Sozialstrukturatlas 2012 0278/13 BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Nach den einleitenden Ausführungen durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, wurde das Wort an die verantwortliche Planerin des Amtes für Soziales und Gesundheit übergeben.

Sie erläuterte anschließend die Schwerpunkte des Sozialstrukturatlas, der sich am Sozialstrukturatlas des Landes u.a. hinsichtlich der Strukturierung und Auswahl der Indikatoren orientiert.

In der sich anschließenden Diskussion gab es folgende Wortmeldungen:

- Frau Schuster, FDP-Fraktion, begrüßt die Anpassung an das Material des Landes und sprach ihr Kompliment für die Erstellung des vorliegenden Sozialstrukturatlas aus,
- Herr Möller, SPD-Fraktion, dankte für die Erarbeitung und erwartet in der notwendigerweise zu führenden Diskussion die Beteiligung anderer Ausschüsse,
- Herr Engemann, sachkundiger Bürger, schloss sich den Ausführungen von Herrn Möller an und erwartet, dass das vorliegende Material in einer breiten Diskussion vorgestellt wird,
- Herr Weiser, sachkundiger Bürger, schätzt den vorliegenden Sozialstrukturatlas als wertvolles Material ein,

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, sieht in dem Material eine gute Grundlage u.a. für die Schulnetzplanung.

Sie kann sich eine öffentliche Debatte z.B. in den Stadtteilkonferenzen und Ortsteilen vorstellen und sagte den Fraktionen ihre Unterstützung zu.

zur Kenntnis genommen

6.2. Anhörung der Selbsthilfegruppen in Erfurt bezüglich der Planungen, die KISS in freie Trägerschaft zu überführen
Antragsteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
Vorsitzende des Selbsthilfeausschusses der Selbsthilfegruppen in Erfurt

0539/13

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wiegand, SPD-Fraktion, begrüßte die Vorsitzende des Selbsthilfeausschusses der Selbsthilfegruppen in Erfurt und gab ihr die Möglichkeit, die Ausschussmitglieder über ihr Anliegen zu informieren. Einvernehmlich wurde ihr Rede-recht erteilt.

Durch Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Kultur, gab es umfassende Erläuterungen zum Sachverhalt und der aktuellen Situation.

Sie ging u.a. auf die Entstehung der KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) und deren Angliederung an das Gesundheitsamt und auf objektive Probleme wie z.B. fehlende Räumlichkeiten ein.

In einem angedachten Interessenbekundungsverfahren und einer möglichen Überführung der Aufgaben in freie Trägerschaft sollten Möglichkeiten zur weiteren Perspektive bzw. Verbesserung der Situation der KISS geprüft werden.

Frau Thierbach betonte, dass es aufgrund des heftigen Widerstandes entgegen der ursprünglichen Überlegung **kei n** Interessenbekundungsverfahren geben wird!
Sie hat aktuell keine andere Lösung aufzuzeigen, die Situation bleibt wie sie ist.

Herr Pfistner, CDU-Fraktion, hinterfragte den Anteil der Finanzierung durch die Stadt, die Krankenkassen und das Land.

Weiterhin fragte er nach, ob es Gespräche mit der KoWo mbH hinsichtlich einer Lösung der Raumproblematik gegeben hat.

Frau Küstner, SPD-Fraktion, informierte an dieser Stelle über ein Objekt, welches aber aufgrund eines fehlenden Fahrstuhles nicht in Betracht gekommen ist.

Die Vorsitzende des Selbsthilfeausschusses der Selbsthilfegruppen informierte, dass sie seit ca. 3 Jahren im Gespräch mit der KoWo mbH sei und bittet an dieser Stelle um Unterstützung.

Frau Hentsch, CDU-Fraktion, sprach sich für einen Verbleib bei der Stadt aus und bat um Sicherheit für die Selbsthilfegruppen.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, stellte klar, dass die Schaffung entsprechender Arbeitsbedingungen Aufgabe der Stadt sei, hiermit sollte das Dezernat Soziales, Bildung und Kultur beauftragt werden.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Kultur informierte, dass die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) jährlich mit 12

TEUR Sachkosten, 0,5 VbE , einem Büro sowie mit der kostenlosen Bereitstellung von ca. 150 qm Räumlichkeiten bezuschusst bzw. gefördert wird.

Eine Aussage hinsichtlich des Anteils der Krankenkasse und des Landes an der Unterstützung der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) wird schriftlich nachgereicht.

Sie wies an dieser Stelle auf die Unterschiede der Selbsthilfegruppen hin - nicht alle bedürfen der Unterstützung.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, bat darum, zwischen dem Büro der KISS und den Räumlichkeiten für die einzelnen Selbsthilfegruppen zu unterscheiden. Hierbei handelt es sich um eine rein freiwillige Aufgabe!

Im Folgenden brachten Herr Pfistner, CDU-Fraktion, und Herr Möller, SPD-Fraktion, ihre Auffassungen zur Unterstützung von Betroffenen zum Ausdruck.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat darum, zur Fragestellung zurückzukommen. Sie stellte fest, dass die Beantwortung erfolgte. Die weitere Perspektive und Situation muss besprochen werden.

Sie beantragte die Beendigung der Diskussion, hierzu gab es das Einvernehmen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende dankte der Vorsitzenden der Selbsthilfegruppen und schloss den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

6.3. Sonstige Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen vor.

gez. Wiegand
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in